

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
183 · Ausgabe CH · August 2019
AZB 3001 Bern



Eine Berufslehre für Erwachsene

PFLEGE IM UMBRUCH

In der Pflege wird rekordverdächtig viel Personal gesucht – und doch wenden sich immer mehr Menschen ab. Der Beruf muss dringend attraktiver gemacht werden. Seite 13

MARSHALLPLAN FÜRS KLIMA

SP-Vizepräsident Beat Jans zeigt, wie sich der Klimaschutz für den Mittelstand finanzieren lässt. Seiten 14 und 15

Liebe Genossinnen und Genossen,



Vor zwei Jahren entdeckte ich die Gratis-Software «DeepL» – und war erschüttert. Die Leistung dieses Übersetzungsprogramms war schockierend gut.

Als ehemalige Übersetzerin war ich bis dahin der Meinung, die sprachliche Kreativität lasse sich nicht durch eine Maschine ersetzen. Doch weit gefehlt! Mit «DeepL» las sich der französische Zeitungsartikel innert Millisekunden auf Deutsch flüssig, verständlich und fast fehlerfrei.

Noch im Studium scheiterten wir daran, die immer ähnlich formulierten Lawinenbulletins per Computer zu übersetzen. Nun macht sich ein Gratis-Programm daran, einen ganzen Berufszweig zu ersetzen.

An eine wirklich gute Übersetzung legen immer noch Menschen Hand an. Aber die Arbeit hat sich tiefgreifend verändert. Gefragt sind heute ganz andere Fähigkeiten und Kenntnisse.

Genau das geschieht in vielen Berufen. Wenn wir mit der Digitalisierung Schritt halten wollen, und auch gestandene Berufsleute das Pensionsalter in ihrem Beruf erreichen sollen, dann muss sich dringend etwas ändern. Die Losung heisst Aus- und Weiterbildung.

Im Parlament fordern unsere SP-Nationalrätinnen und -Nationalräte darum das Recht auf Weiterbildung, die auch finanziell tragbar ist. Daran scheitern viele. Wer kann es sich heute leisten, mitten im Berufsleben monatelang ohne Lohn die Schulbank zu drücken und auch noch happige Schulgebühren zu bezahlen? Die allerwenigsten.

Der Sektor Industrie der Gewerkschaft Unia macht vor, was «lebenslanges Lernen» wirklich bedeutet – für die Mitarbeitenden ebenso wie für die Arbeitgeber und die Gesellschaft. Mehr dazu lest ihr ab Seite 4.

Ich wünsche euch eine interessante Lektüre,

Pia Wildberger, Chefredaktorin «links»

INHALT

- 4 – 5 Eine Berufslehre für Erwachsene**
Damit ältere Arbeitnehmende nicht einfach wegdigitalisiert werden, braucht es mehr Unterstützung, sodass Weiterbildung für alle möglich wird.
- 6 – 7 Frauenstreik: Zeit für eine Gleichstellungsinitiative**
Bestimme mit: Wir schlagen sechs Themen vor, du wählst aus.
- 8 AHV: Arbeitszeitverlängerung nein danke**
Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Grund, länger zu arbeiten.
- 9 – 12 Kantone Ausgewählte Seiten aus den kantonalen Splittings**
- 13 Pflegeberufe aufwerten**
In der Herbstsession wehren wir uns für bessere Arbeitsbedingungen für Pflegendende.
- 14 – 15 Klimaschutz für den Mittelstand**
Ist Klimaschutz nur etwas für Reiche? Unsere Studie zeigt auf, wie Klimaschutz für alle möglich ist.
- 16 – 17 Kein Datenschleim bei der SP**
Als einzige Bundesratspartei geben wir keine Daten der Nutzerinnen und Nutzer an Facebook und Co. weiter.
- 18 Mit Cervelat und Gruyère im Gepäck**
Christine Löhner kandidiert auf einer Berner Liste für den Nationalrat – und lebt auf Mallorca.



Brot für die Welt

Nachhaltige Palmölproduktion in Indonesien?

Das Wirtschaftsabkommen mit Indonesien kommt im Herbst in den Nationalrat. Noch immer nicht zufriedenstellend beantwortet ist die Palmöl-Frage. Für die industrielle Produktion von Palmöl werden Regenwälder abgeholzt, Bauernfamilien ihrer Existenzgrundlage beraubt oder gar vertrieben. Die Antwort von Bundesrat und Seco: Die Branche werde mit eigenen Standards für Nachhaltigkeit sorgen.

Das reicht nicht: Die SP wird sich mit aller Kraft dafür engagieren, dass der Staat für hohe und umfassende Nachhaltigkeitsstandards sorgt und diese auch durchsetzt. Die besten Vorgaben nützen nichts, wenn sie nicht eingehalten werden. Es braucht darum auch Mechanismen, die eine professionelle Kontrolle vor Ort erlauben. Auch das wird eine unserer Kernforderungen im Parlament sein.

50 : 50 für die Wahlen

Eine der Forderungen am Frauenstreik: eine bessere Vertretung der Frauen im Parlament. Nun zählt sich die langjährige Frauenförderung aus – jedenfalls auf den Listen: Von den rund 240 Kandidierenden, die sich landesweit auf den Hauptlisten der SP für ein Amt im Bundeshaus bewerben, sind genau die Hälfte Frauen. Darauf sind wir ein bisschen stolz – zumal sehr viele Frauen auf guten Listenplätzen kandidieren und so reelle Chancen haben, gewählt zu werden. Wir müssen uns ohnehin nicht verstecken: Von den 54 SP-Mitgliedern der Bundeshausfraktion sind 28 Frauen, also mehr als die Hälfte.



Jonas Zürcher

Mehr Armut in der Schweiz

Kein Geld für Schuhe, kein Geld für Ferien, kein Geld für die Badi: In der Schweiz ist jede zwölfte Person von Armut betroffen, Tendenz seit 2013 steigend. Das entspricht 675 000 Menschen oder der Bevölkerung des ganzen Kantons Aargau. Besonders leiden Langzeitarbeitslose über 50 Jahre sowie alleinerziehende Mütter, die den Spagat zwischen teurer externer Kinderbetreuung und Arbeit schaffen müssen. Auch viele der Schwächsten der Gesellschaft, rund 70 000 Kinder, sind von Armut betroffen. Als arm gilt, wer als vierköpfige Familie mit weniger 4000 Franken monatlich auskommen muss.



Mehr Prämien als Steuern

Die neusten Zahlen des Bundesamts für Statistik belegen es: Über ein Drittel der Haushalte muss mehr für die Krankenkassenprämien bezahlen als für die Steuern. Spitzenreiter ist das Tessin: Hier gibt eine Mehrheit mehr für die Prämien aus. In Zürich und St. Gallen liegt für mehr als ein Drittel der Familien die Prämienlast höher als die Steuerbelastung. Die Zahlen zeigen einmal mehr: Die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP Schweiz ist dringend nötig! Wir verlangen, dass die Krankenkassenprämie nicht mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen soll. Derzeit sind es im Durchschnitt 14 Prozent. Unterschreibe darum noch heute unter bezahlbare-praemien.ch. Bis heute sind 90 000 Unterschriften gesammelt worden. Damit wir auf der sicheren Seite sind, benötigen wir noch weitere 30 000 Unterschriften. Danke für deine Mithilfe!





Eine Berufslehre für Erwachsene

WENN WEGEN DER DIGITALISIERUNG DER JOBVERLUST DROHT, Hilft Weiterbildung. Die Unia Industrie lanciert darum das Programm «Passerelle 4.0». Älteren Arbeitnehmenden ermöglicht die Gewerkschaft damit Bildung und Berufsaussichten – ein Grosserfolg dank Gesamtarbeitsvertrag.

Welche Jobs sind in der digitalen Wirtschaft besonders gefährdet? Die neusten Antworten liefert Martin Wörter, Professor für Innovationsökonomie an der ETH Zürich. Anhand von 450 Unternehmen hat er untersucht, wie sich die Digitalisierung auf die Personalstruktur auswirkt. Sein Befund: Das Stellenwachstum beschränkt sich auf die Gutausgebildeten.

Bei den übrigen sinkt die Beschäftigung: Bei den Mittelqualifizierten dürften doppelt so viele Stellen wegfallen wie bei den Geringqualifizierten. Der Grund: Repetitive Tätigkeiten im Büro oder in der industriellen Fertigung lassen sich einfacher durch Computer ersetzen. Weniger bedroht durch die Automatisierung sind dagegen Coiffeusen, Pflegendende oder Kinderbetreuer, also Serviceberufe mit einem engen Kundenkontakt.

Einen besonders schweren Stand haben vor diesem Hintergrund die Älteren unter den Mittelqualifizierten. Wer ab 50 den Job in der Industrie verliert, hat meist keine Chance auf einen neuen.



Corrado Pardini,
Nationalrat BE

Dessen ist sich die Unia seit langem bewusst und entwickelte darum ein Bildungskonzept, das auf die älteren, mittelqualifizierten Arbeitnehmenden zugeschnitten ist: die Passerelle 4.0. Dabei handelt es sich um eine Berufslehre für Erwachsene, die sich so im fortgeschrittenen Alter für die neuen Anforderungen in der digitalen Industrie qualifizieren können.

Wie die Passerelle 4.0 funktioniert

Im heutigen Berufsbildungssystem bestehen Lücken. Die Berufsbildung ist stark auf die Erstausbildung fokussiert, und die finanziellen Hürden für einen Berufswechsel sind hoch. Die wenigsten Erwachsenen können es sich leisten, über längere Zeit auf den Lohn zu verzichten, gerade wenn man Familie hat oder eine Hypothek abzahlen muss. Finanziert wird der Verein Berufspasserelle durch einen Fonds, der aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen sowie Bundesgeldern gespeist wird.

Wie läuft eine Umschulung ab? Teilnehmende arbeiten zwei Tage

pro Woche im angestammten Betrieb, gehen einen Tag zur Schule und lernen zwei Tage wöchentlich im neuen Betrieb oder in der neuen Abteilung das neue Berufsfeld kennen. Wichtig sind die Anschlussmöglichkeiten. Die Teilnehmenden müssen davon ausgehen können, dass sie nach der Passerelle im neuen Beruf eine Anschlusslösung bekommen.

Die Abläufe sind klar geregelt: Interessierte Personen oder Unternehmen belegen in einem Gesuch ihren Bildungsbedarf. Der Verein Berufspasserelle 4.0 und der Bund prüfen den Antrag und führen ein Assessment durch. Eine Ausbildungsvereinbarung regelt die Details der Ausbildung oder Umschulung, die mit praktischer und theoretischer Abschlussprüfung und einem anerkannten Diplom abgeschlossen wird. Abschliessend erfolgt der Transfer in die neue Firma oder Abteilung.

Erster «Jahrgang» 2020

Die Berufspasserelle 4.0 war eine zentrale Forderung der Unia in den Verhandlungen zum neuen Gesamtarbeitsvertrag in der MEM-Branche. Und die Unia setzte sich durch: Unter dem Namen «MEM-Berufspasserelle 4.0» ist die Erwachsenenlehre im

Wie einst Charlie Chaplin in «Modern Times» soll es uns nicht ergehen.

Unterstützungsrente für Arbeitslose über 58



Adrian Wüthrich, Nationalrat BE und Präsident Travail.Suisse

Die Jobgarantie bis zur Pensionierung? Das ist längst Wunschdenken. Und wir wissen es alle: Wer kurz vor der Pensionierung die Stelle verliert, hat es enorm schwer, eine neue Arbeit zu finden. Der Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung erlischt nach zwei Jahren. Danach gelten ältere Arbeitslose als ausgesteuert. Wer nicht aus dem familiären Umfeld Unterstützung erhält, muss die Ersparnisse aufbrauchen. Danach droht der Gang zur Sozialhilfe.

Von dieser Entwicklung sind immer mehr Menschen betroffen. Die Situation ist alarmierend: Die Zahl der 50- bis 64-jährigen Sozialhilfebeziehenden stieg zwischen 2011 und 2017 um rund 40 Prozent an – mehr als in allen anderen Alterskategorien. Mit anderen Worten: Immer mehr Menschen rutschen kurz vor der Pensionierung in die Armut ab. Auch die Zahl der Ausgesteuerten hat massiv zugenommen.

Forderung der SP umgehend aufgenommen

Die SP fordert im Positionspapier «Arbeit und Ausbildung für alle», das an der Delegiertenversammlung am 2. März verabschiedet wurde, Massnahmen für eine bessere Weiterbildung im Berufsleben und eine Überbrückungsrente für über 55-Jährige. Noch selten wurden SP-Forderungen so schnell Tatsache! Für genau diese Art Rente eröffnete der Bundesrat Ende Juni die Vernehmlassung.

Das Anrecht auf die «Überbrückungsleistung», wie sie offiziell genannt wird, soll allerdings erst ab 61 Jahren bestehen. Sie soll nach demselben Prinzip berechnet werden wie die bestehenden Ergänzungsleistungen für AHV- und IV-Rentner. Es wird von einem all-

gemeinen Lebensbedarf von 2400 Franken ausgegangen, während in der Sozialhilfe 990 Franken als Anhaltspunkt gelten. Zudem werden Miete und Krankenkasse bezahlt.

Eine der Voraussetzungen ist, dass die bezugsberechtigte Person nicht mehr als 100 000 Franken Vermögen besitzt. Das Angesparte aus der Pensionskasse muss dabei nicht mehr in die Rechnung einbezogen werden. Dank einer bereits beschlossenen Gesetzesänderung können über 58-jährige Arbeitslose ihr Geld bei ihrer letzten Pensionskasse belassen und müssen das Kapital nicht mehr vor der Pension verbrauchen. Von ihrem angesparten Alterskapital erhalten sie eine Rente, wie es das Reglement ihrer Pensionskasse vorsieht.

Eine Art Inländervorrang

Das Paket zur «Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials», das der Bundesrat am 15. Mai beschloss, enthält weitere – derzeit befristete – Massnahmen, etwa zur besseren Vermittlung sowie zur Aus- und Weiterbildung von älteren Arbeitnehmenden. Das Ziel besteht darin, die Stellung der inländischen Arbeitnehmenden, in der Schweiz ansässigen Ausländerinnen und Ausländer sowie aufgenommenen Flüchtlinge zu verbessern.

Auch die Unternehmen sollen mithelfen, die Menschen im Inland zu befähigen. Das ist eine Art Inländervorrang. Im beschlossenen dreijährigen Impulsprogramm bieten die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren ab 2021 für alle ab 40 Jahre kostenlose Standortbestimmungen mit Potenzialanalyse und Laufbahnberatung an. Berufsabschlüsse sowie Aus- und Weiterbildungen sollen gefördert werden.

Die Massnahmen entsprechen dem SP-Positionspapier und sind erfreulich. Als einzige Massnahme muss die Überbrückungsrente im Parlament noch eine Mehrheit finden. Darüber hinaus wird die SP-Fraktion die Forderungen aus dem Positionspapier mit diversen Vorstössen einbringen (siehe nebenstehenden Kasten). Auch dafür ist eine starke SP dringend nötig!

neuen Gesamtarbeitsvertrag verankert. Die beiden Sozialpartner Unia und Swissmem verhandeln zurzeit die letzten Details, um die «MEM-Berufspasserelle 4.0» im kommenden Jahr lancieren zu können.

PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE IN DER PIPELINE

Was neu für die Mitarbeitenden der Metallindustrie gilt, soll in ähnlicher Form auch für andere Berufszweige Anwendung finden. Die Digitalisierung und die damit verbundene immer tiefere «Halbwertszeit» der Berufskennnisse machen vor niemandem Halt. Daher sind für die Herbstsession mehrere Vorstösse geplant:

- Der Bund soll prüfen, wie im Zeitalter der Digitalisierung die Aus- und Weiterbildung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finanzieren ist, dies besonders auch im Hinblick auf die Lebenshaltungskosten.
- Die SP schlägt die Schaffung eines Weiterbildungsfonds vor, der von Bund, Kantonen und der Wirtschaft getragen wird und über den – beispielsweise – alle Arbeitnehmenden jedes Jahr fünf Tage Weiterbildung «beziehen» können. Bei der Swisscom ist dies dank dem GAV bereits heute der Fall.
- Das Recht auf Weiterbildung soll in der Verfassung verankert werden und so denselben Stellenwert bekommen wie das Recht auf den Besuch der Volksschule.

Zeit für eine Gleichstel

VIELE FORDERUNGEN DES FRAUENSTREIKS HABEN WIR NOCH IM OHR. DAMIT TATSÄCHLICH ETWAS GESCHIEHT, WIRD DIE SP SCHWEIZ EINE INITIATIVE LANCIEREN. DU KANNST ONLINE MITBESTIMMEN, WELCHE DER FORDERUNGEN IN EINE INITIATIVE MÜNDEN SOLL. Gina La Mantia, Zentralsekretärin SP Frauen* Schweiz

Vor zwei Monaten gingen wir in der ganzen Schweiz auf die Strasse, um gemeinsam für mehr Geld, Zeit und Respekt einzustehen. Es war ein fantastischer Tag, an den wir uns noch lange erinnern werden. Und es war erst der Anfang.

Die SP Schweiz und die SP Frauen* Schweiz wollen diesen Schwung nutzen. Die Stimmen der Hunderttausende von Frauen und solidarischen Männern müssen gehört werden. Es ist Zeit für eine Gleichstellungsinitiative! Der Streik war jedoch so bunt, vielfältig und gross, dass wir nicht alleine über die Initiative entscheiden wollen. Darum führen wir eine Online-Abstimmung durch, bei der jede Stimme zählt.

Die Qual der Wahl

In der Box, die die SP-Parlamentarierinnen auf dem Bundesplatz aufstellten, lagen am Abend des 14. Juni zahllose Gleichstellungs-

forderungen. Aus diesen Forderungen traf ein Ausschuss der Partei und der SP Frauen* eine schwierige Vorauswahl: Wo drückt der Schuh am meisten? Aber auch: Welche Themen eignen sich für eine Volksinitiative? Was können wir ehrlicher- und realistischerweise vorschlagen? Welches Thema soll in den nächsten Jahren vorangetrieben werden? Mit welcher Forderung finden wir eine breite Abstützung, Alliierte und Verbündete, die dieser Initiative zusammen mit uns zum Erfolg verhelfen werden?

Der Ausschuss und das Präsidium der SP Schweiz trafen die definitive Auswahl von sechs Themen – von A wie Arbeitszeitreduktion bis O wie Opferhilfe versuchten wir, die wichtigsten Anliegen aufzugreifen.

Nun liegt der Ball bei euch. Mit der Online-Abstimmung auf gleichstellung-jetzt.ch entscheidet ihr mit, welches Initiativprojekt angepackt wird.

www.gleichstellung-jetzt.ch



«Ich stimme dafür, dass alle Kinder einen bezahlbaren Krippenplatz haben und die Betreuenden fair bezahlt werden. Und du?»

Min Li Marti
Nationalrätin ZH

Recht auf Kinderbetreuung

Wie Eltern das Familien- und Erwerbsleben organisieren, soll nicht davon abhängen, ob es an ihrem Wohnort genügend bezahlbare Kinderbetreuung gibt. Wir verlangen deshalb, dass der Bund zusammen mit Kantonen und Gemeinden für qualitativ hochstehende und günstige Betreuungsangebote sorgen muss – mit guten Arbeitsbedingungen für das Personal.



«Ich stimme dafür, dass Opfer von Gewalt besser geschützt werden und höhere Entschädigungen erhalten. Und du?»

Flavia Wasserfallen
Nationalrätin BE

Mehr Hilfe für Opfer von Gewalt

Die Opferhilfe wurde massiv abgebaut. Opfer von Gewalttaten erhalten tiefere Entschädigungen oder gehen leer aus, wenn die Straftat im Ausland geschah. Wir wollen, dass Opfer ein Anrecht auf Beratung und Hilfe geltend machen können, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder davon, wo die Straftat begangen wurde. So können wir Opfer von Menschenhandel und Frauen, die auf der Flucht Opfer von Gewalt wurden, besser unterstützen.



Forderungen am Frauenstreik.

lungnsinitiative!

t.ch: DIE SECHS FORDERUNGEN



Anerkennung von Care-Arbeit

Mittagessen kochen, Kleider waschen oder betagte Angehörige pflegen – immer noch sind es vor allem Frauen, die diese Arbeit leisten und dafür ihr Arbeitspensum reduzieren. Mit gravierenden Folgen: Neben weniger Lohn erhalten sie im Schnitt auch eine 40% tiefere Rente. Damit sich das ändert, braucht es eine über die EO finanzierte Pflegezeit sowie umfassende Erziehungs- und Betreuungsgutschriften nicht nur in der ersten, sondern auch in der zweiten Säule.



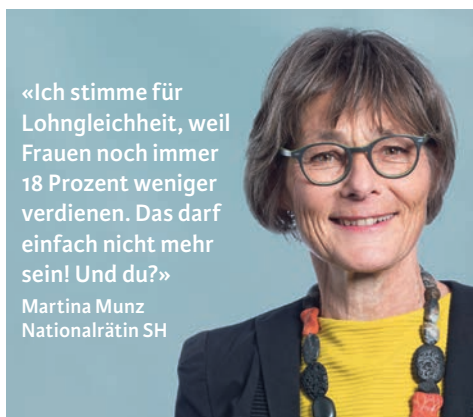
Weniger lang arbeiten – zum Wohl aller

Alle Menschen haben das Recht, Beziehungen frei zu pflegen, sich zu entfalten und sich in der Gesellschaft zu engagieren. Ebenso haben alle Menschen das Recht, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Dafür braucht es eine faire Verteilung von Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen. Die 35-Stunden-Woche ermöglicht es Männern und Frauen, neben der Lohnarbeit ihren Teil der Care-Arbeit zu übernehmen und sich auch gesellschaftlich zu engagieren.



Eine Elternzeit, die diesen Namen verdient

Damit sich Eltern von Anfang an gleichberechtigt um ihre Kinder kümmern können, brauchen wir eine Elternzeit, die diesen Namen verdient. Wir fordern daher einen Mutter- und Vaterschaftsurlaub von je mindestens 14 Wochen. Zusätzlich sollen beide Elternteile danach Anspruch auf mindestens 10 Wochen Elternzeit haben.



Lohngleichheit, endlich!

Die Lohngleichheit ist seit 1981 in der Verfassung verankert. Trotzdem verdienen Frauen immer noch weniger. Der diskriminierende Anteil bei der Lohnungleichheit ist im letzten Jahr sogar gestiegen. Damit das ein Ende hat, brauchen wir endlich wirksame Bestimmungen: Betriebe ab einer bestimmten Grösse sollen zu regelmässigen Lohnanalysen verpflichtet und bei Nichteinhaltung sanktioniert werden.



STAND PUNKT

Michael Sorg,
Co-Generalsekretär
der SP Schweiz

Ignazio Morris – kein Zufall

Jedes Jahr gibt es eine politische Sommergeschichte. Diesmal spielte Ignazio Cassis die Hauptrolle. Vielleicht sogar ohne sein Zutun, denn es ist nicht geklärt, ob oder wie weit der Aussenminister über das Sponsoring von Philip Morris informiert war. Hinweis für Medienabstinente: Der Tabakhersteller wollte 1,8 Millionen Franken zum offiziellen Schweizer Auftritt an der Expo 2020 beitragen und sich dafür unter anderem exklusiv mit einer Rooftop-Bar auf dem Schweiz-Pavillon präsentieren.

Doch es ist einerlei, ob Departementschef Cassis Bescheid wusste. Die politische Verantwortung trägt er ohnehin. Und vor allem: Die Affäre ist alles andere als Zufall.

Es ist kein Zufall, dass es Kollateralschäden gibt, wenn man staatliche Aufgaben von Privaten finanzieren oder ausführen lässt – wie es die Rechten wollen.

Es ist kein Zufall, dass der Ruf der Schweiz leidet, wenn Aussenpolitik vor allem als Suche nach Absatzmärkten verstanden wird – wie es Cassis seit seinem Amtsantritt vormacht.

Es ist kein Zufall, dass es im EDA an Sensibilität mangelt, wenn der Departementschef früher mehr Lobbyist als Parlamentarier war und sich einen Teilzeitjob bei Santésuisse mit 180 000 Franken pro Jahr vergolden liess – was bei den Rechten gang und gäbe ist.

Es ist kein Zufall, dass Philip Morris in der Schweiz produziert, weil die laschen Tabakgesetze es erlauben, besonders schädliche Zigaretten für den Export nach Afrika herzustellen, die in der Schweiz und der EU verboten sind – wie es dem Wunsch der Tabaklobby entspricht.

Es ist kein Zufall, dass Philip Morris seinen Hauptsitz in der Schweiz hat, weil Steuerdumping auf Kosten der übrigen Welt jahrzehntlang die Strategie der Rechten war – was auf Druck der OECD hoffentlich schon bald nicht mehr möglich ist.

Die «Affäre Philip Morris» ist auch eine «Affäre Ignazio Cassis». Sie ist jedoch vor allem ein Sinnbild für das Versagen rechter Politik. Das Erfreuliche sind die Reaktionen, die durchs Band negativ ausfielen. Das Land hat genug von den rechten Rezepten, die nichts bewirken oder – im Fall der Tabakprodukte wortwörtlich – sogar krank machen. Zeit für frische Luft, Zeit für einen Wandel, Zeit für einen Linksrutsch am 20. Oktober.

Nein zu Arbeitszeitverlängerung und Rentenkürzung für alle

AUF 65 WILL DER BUNDESRAT DAS RENTENALTER DER FRAUEN ERHÖHEN. BÜRGERLICHE BEHAUPTEN, DAS SEI ALTERNATIVLOS UND EIN BEITRAG ZUR GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER. WER GENAUER HINSCHAUT, MERKT: DIE MASSNAHME BRINGT DER AHV PRAKTISCH NICHTS, SONDERN IST EIN SCHRITT HIN ZU RENTENKÜRZUNGEN UND ZU EINER ARBEITSZEITERHÖHUNG FÜR ALLE.

Das Prinzip der AHV ist so einfach wie genial: Ein Teil des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstands wird eins zu eins für die Renten der Pensionierten ausgegeben. Und zwar solidarisch: Wer viel verdient, zahlt mehr ein, als wer wenig verdient. Gemeinsam investieren anstatt individuell sparen, so lautet das Motto der AHV. Seit ihrer Gründung 1948 war die AHV deshalb das Ziel von Angriffen der Rechten. Denn mit der AHV lässt sich kein Profit machen. Und sie führt zu einer Umverteilung von oben nach unten.

Weil die AHV in der Bevölkerung ungebrochen populär ist, haben sich rechte Kreise und die Versicherungslobby eine neue Strategie überlegt: das Dogma vom höheren Rentenalter. Die Geschichte geht so: Weil wir alle immer älter werden, müssen wir auch alle länger arbeiten. Und weil das tiefere Rentenalter für Frauen sowieso unfair ist, erhöhen wir es.



Fabian Molina, Nationalrat ZH

«Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen einzigen Grund, länger zu arbeiten.»

Diese Geschichte klingt auf den ersten Blick einleuchtend – vor allem, wenn man sie oft genug hört. Sie hat aber drei entscheidende Fehler:

Lohn ist entscheidend

Erstens funktioniert die AHV-Finanzierung unabhängig vom Rentenalter und der Zahl der Beitragszahlenden. Viel wichtiger sind Produktivität und Lohn. Weil die Löhne in den 1950er-Jahren real viel schlechter waren als heute, brauchte es mehr Beitragszahlende, um die AHV-Renten zu finanzieren. Heute sind die Reallöhne höher, die Renten teuerungsbereinigt aber weit weniger stark gestiegen. Das beste Mittel für gute Renten sind also gute Löhne für alle.

Zweitens gibt es aus ökonomischer Sicht keinen einzigen Grund, länger zu arbeiten. Im Gegenteil: Seit Jahren steigt durch Arbeitsteilung und technologischen Fortschritt die Produktivität. Sprich: Wir produzie-

ren pro Arbeitsstunde mehr. Wegen der Digitalisierung warnen Ökonomen und Ökonomen deshalb davor, dass uns immer mehr Arbeiten ausgehen. Wenn das Ziel lautet, die Arbeitslosigkeit auf tiefem Niveau zu halten, muss die Arbeitszeit pro Person bei gleichem Lohn deutlich reduziert werden. Ein höheres Rentenalter wäre genau das Gegenteil davon.

Drittens wäre eine Erhöhung des Frauenrentenalters nicht gerecht, sondern in finanzieller Hinsicht eine weitere Diskriminierung der Frauen. Weil Frauen mehr unbezahlte Care-Arbeit leisten und häufiger teilzeitbeschäftigt sind, haben sie im Alter tiefere Renten. Dieser Trend wird durch die Lohndiskriminierung noch verstärkt. Wird ihnen nun auch noch ein Jahr Rente gestrichen, steigt diese Ungerechtigkeit in Franken und Rappen nochmals an.

Das Ziel dieser Strategie ist klar: Länger arbeiten und weniger Rente für alle. Um die aktuellen und künftigen Renten von uns allen im Rahmen der AHV-Reform 21 zu schützen, brauchen wir im Oktober deshalb dringend eine stärkere SP.



«Der Beitrag der SP zur Entwicklung des Kantons ist eindrücklich»



SP-Fraktion und Grüne – nachdenklich im 170-köpfigen Grossen Rat 1998.

DIE HISTORIKERIN UND ALT SP-GROSS- BZW. KANTONS RÄTIN (2000 – 2011) MARGRIT STEINHAUSER LEGT MIT «DER LUZERNER GROSSE RAT 1803 – 2007» EINE «KOLLEKTIVBIOGRAFIE» DES KANTONALEN PARLAMENTS VOR.

Margrit, Grundlage deines Buches ist die von dir erstellte Totalliste aller 2582 Mitglieder des Grossen Rates. Davon waren ganze 160 SozialdemokratInnen. Eine Zahl, die eindrücklich die bürgerliche Prägung unseres Kantons aufzeigt!

Ja. Doch der Beitrag der SP und der Gewerkschaften zur Entwicklung des Kantons und zum Wohlergehen der Menschen ist dennoch eindrücklich. Ich denke dabei nicht zuletzt an den hartnäckigen Einsatz für das Proporzwahlrecht, die Volksrechte und die Erweiterung des Stimm- und Wahlrechts.

Und die sozialen Anliegen wurden von allen Fraktionsmitgliedern konsequent und hartnäckig verfolgt. Einiges konnte mit Hilfe von verantwortungsvollen Bürgerlichen auch erreicht werden.

Das Luzerner Parlament war stets ein Spiegel der Gesellschaft. Wenig Industrie – und damit eine verhältnismässig kleine Arbeiterschaft – sowie die zentrale Rolle der katholischen Kirche haben dazu beigetragen, dass der Entwicklung der SP Grenzen gesetzt waren. Die Christlichsozialen und insbesondere auch die Stadtliberalen absorbierten viele potenzielle SP-Wählende.

Was lässt sich über die Menschen sagen, welche die SP im Grossen Rat vertraten? Stimmt das Klischee «früher Arbeiter – heute «Gschudierte»?»

Reine Arbeiter gab es im Grossen Rat kaum. Man musste sich das Milizamt nicht nur or-

ganisieren, sondern auch leisten können. Es waren zunächst Kleingewerbler, denn die SP entstand Ende des 19. Jahrhunderts aus dem linken Flügel der Liberalen, einzelne Rechtsanwälte, Drucker, die Redaktoren der Parteizeitungen, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftler sowie Bähnler, Pöstler, Wirte ...

Nach 1968, im Zuge der allgemeinen gesellschaftlichen Bildungsoffensive, kamen Studierende in die SP, Frauen, Lehrkräfte und Angehörige sozialer Berufe. Interessant ist namentlich in neuerer Zeit die Rolle der Secondos und Jusos, welche sehr erfolgreich «den Marsch durch die Parteigremien» antraten.

Gibt es so etwas wie einen typischen SP-Grossrat bzw. eine gängige Laufbahn?

Partei- und Gewerkschaftsarbeit waren stets wichtig. Dabei ist die Gemeindeebene immer zentral gewesen, insbesondere in der Stadt Luzern. Früher erfolgte die Meinungsbildung grösstenteils an den Parteiversammlungen, wo neue Mitglieder sich durch Mitarbeiten und -diskutieren einen Namen machen konnten. Oft führte die politische Laufbahn vom Grossen Stadtrat über den Grossen Bürgerrat in das kantonale Parlament.

Nur schon zu kandidieren war für die Genossen lange kein «Zuckerschlecken» und brauchte Mut, zumal man durchaus auch berufliche Nachteile zu gewärtigen hatte.



Buch: Der Luzerner Grosse Rat, 1803 – 2007. Kollektivbiografie eines kantonalen Parlaments. Herausgegeben vom Staatsarchiv Luzern, 2019.

Chronos-Verlag, 216 Seiten, 21 Abbildungen
ISBN 978-3-0340-1507-3
CHF 48.–, EUR 48.–, erhältlich in Ihrer Buchhandlung.

Wer fällt aus dem Rahmen?

Niemand. Denn vernünftige Menschen jeglicher Herkunft wussten immer um die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung. Ausserdem pflegt(e) man in der SP stets eine gute Streitkultur.

Danke, Margrit.

Interview: Sebastian Dissler

E Stüür brucht Gspüür ...

Es ist das letzte Aufbäumen der rechten Mehrheit – die Baselbieter Umsetzung der Steuervorlage 17 stammt noch aus der alten Legislatur und ist ein absolutes Trauerspiel. Man hat auf der rechten Seite aus den Steuerersenkungen für Unternehmen und den Abbaupaketen aus der Vergangenheit nichts gelernt. Die SP hat in der Kommission und im Parlament alles gegeben, aber am Schluss haben SVP, FDP und CVP eine knallharte Steuerersenkungsvorlage durchgeboxt, die zu Steuerausfällen von gegen 60 Millionen Franken führen wird und keinen anständigen sozialen Ausgleich beinhaltet.

1. Massive Steuerausfälle

Die nationale Steuervorlage («STAF») muss von den Kantonen umgesetzt werden. Die ultratiefen Extrasteuersätze für internationale Multis werden zwar abgeschafft, aber nun sollen die Steuern für alle Unternehmen massiv gesenkt werden. Der ordentliche Steuersatz sinkt von 21 auf 13,45 Prozent.

Adil Koller, Präsident SP BL und Landrat



Das führt zu massiven Steuerausfällen von gegen 60 Millionen Franken. Wir haben als Kompromiss einen weniger tiefen Steuersatz beantragt, das wurde von allen anderen Parteien abgeschmettert.

2. Kaum sozialer Ausgleich

Die Vorlage der Regierung sah einen winzigen sozialen Ausgleich via Familienzulagen vor – dafür hätten die Unternehmen aufkommen müssen, welche ja durch den massiv gesenkten Steuersatz von der Vorlage profitieren. Die Wirtschaftskammer-Parteien strichen

sogar das. Stattdessen gibt es ein bisschen mehr für die Prämienverbilligungen, welche ja auch der Kanton berappen muss. Für die SP hätte deutlich mehr als dieses kleine Zückerchen drinliegen müssen: Familienzulagen als Beitrag der Wirtschaft und endlich deutlich mehr Prämienverbilligungen.

Bereits diese beiden Punkte zeigen: Die Vorlage führt zu einem neuen Finanzloch – es profitieren einseitig die Unternehmen auf Kosten der tiefen Einkommen und des Mittelstands. Wie schon Eveline Widmer Schlumpf zur missratenen Unternehmenssteuerreform III sagte: «E Stüür brucht Gspüür – sunsch wird's tüür!»

Die Bevölkerung kann im November diese kompromisslos durchgestierete Abbau-Vorlage bachab schicken!



1504 Gespräche an der Haustüre – und jetzt wieder telefonieren!

Getreu dem Motto «Wir reden mit den Menschen, statt über sie» haben wir als SP Baselstadt satte 1504 Gespräche an der Haustüre geführt. Im Rahmen einer Quartierumfrage waren wir vor den Sommerferien im ganzen Kanton unterwegs und haben die Sorgen und Nöte der Bevölkerung abgeholt. Von Tecknau bis Laufingen, von Binningen bis Buckten: Es wurde geschätzt, dass wir die Anliegen der Menschen ernst nehmen. Die zahlreichen freiwilligen Aktivistinnen und Aktivisten wurden angesprochen auf die steigende Prämienbelastung, die hohen Mieten oder fehlende ÖV-Anbindungen. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an alle, die mitgeholfen haben!

Bereits bei den kantonalen Wahlen war die Basiskampagne ein Kernelement für den Wahlsieg. Im Gegensatz zu anderen Parteien zählen bei uns die Menschen und nicht die Millionen. Im März konnten wir nicht zuletzt dank den über 15 000 Gesprächen am Telefon stärkste Partei werden und mit Kathrin Schweizer in die Regierung einziehen. In Gemeinden, in denen besonders viel telefoniert wurde, konnten auch besonders tolle Resultate erzielt werden.

Auch für die nationalen Wahlen braucht es wieder das Engagement möglichst vieler Mitglieder am Telefon. Gemeinsam mobilisieren wir unseren Freundeskreis, Bekannte,

Verwandte und viele weitere, die der SP nahe stehen, an die Urne zu gehen. Dass es sich lohnt, wenn viele Menschen gemeinsam an einem Strick ziehen, wissen wir ja bereits.

Von Yasmine Perrinjaquet und Nils Jocher, CampaignerInnen



ERIC NUSSBAUMER IN DEN STÄNDERAT!

Mit Eric Nussbaumer erhalten wir einen Ständerat, der für alle einsteht und etwas bewegen kann. Er verfügt über die dazu nötige Erfahrung und die Überzeugungskraft, die es für das Amt des Ständerates braucht. Er ist der würdige Nachfolger von Claude Janiak.

Was kann ich dafür tun?

- **Komiteemitglied** werden!
Anmelden über:
www.eric-nussbaumer.ch
- **Spenden** für den Wahlkampf:
Unterstützungskomitee
Eric Nussbaumer,
IBAN: CH11 0900 0000 4028 0049 9
- **Plakat aufhängen**, Flyer verteilen.
Melden bei: info@sp-bl.ch

SOLIDARITÄTSLAUF FÜR SANS-PAPIERS VOM 7. SEPTEMBER 2019

Ein starkes Zeichen für die Rechte der Sans-Papiers

AM 7. SEPTEMBER FINDET AUF DEM MÜNSTERPLATZ DER DIESJÄHRIGE SOLIDARITÄTSLAUF FÜR SANS-PAPIERS STATT. DER ERLÖS KOMMT DER BERNER BERATUNGSSTELLE FÜR SANS-PAPIERS ZUGUTE. DIESE UNTERSTÜTZT UND BERÄT MENSCHEN OHNE AUFENTHALTSBEWILLIGUNG UND SETZT SICH FÜR DIE VERBESSERUNG DER SOZIALEN UND RECHTLICHEN SITUATION VON SANS-PAPIERS EIN.

In der Schweiz leben zwischen 58 000 und 250 000 Menschen ohne geregelten Aufenthalt. Sie putzen, hüten Kinder, arbeiten auf Baustellen, in Restaurants oder in der Landwirtschaft. Aufgrund ihrer fehlenden Aufenthaltsbewilligung werden ihnen grundlegende Rechte oft verwehrt. Sie leben unter prekären Existenz- und Arbeitsbedingungen und mit der ständigen Angst ausgewiesen zu werden. Menschenrechte sind aber nicht an einen Aufenthaltsstatus gebunden, sondern gelten für alle gleichermassen.

Die Beratungsstelle

Die Beratungsstelle für Sans-Papiers berät und informiert Menschen, die ohne eine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz leben. Sie wird vom Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers getragen, der die Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Sans-Papiers zum Zweck hat. Die Aktivitäten umfassen insbesondere:

- kostenlose individuelle Beratung und Begleitung
- Sammeln und Dokumentation von Alltagsproblemen
- Vernetzungsarbeit
- Politisches Lobbying
- Informationsarbeit

Die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers engagiert sich auch im Rahmen von Kampagnen für die Verbesserung der Situation von Sans-Papiers und hat das Netzwerk «Wir alle sind Bern» mitaufgebaut. Dieses setzt sich unter anderem für die Einführung einer City Card ein, einer Identitätskarte für alle Bewohner*innen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Die Beratungsstelle bietet zudem einen speziellen Stadtrundgang an, um für den Alltag von Sans-Papiers zu sensibilisieren. Der Rundgang führt an verschiedene Schauplätze des Lebens, zeigt die Hürden und Härten, mit denen Sans-Papiers im Alltag konfrontiert sind, und regt

dazu an, über Möglichkeiten der Humanisierung dieses Alltags nachzudenken.

Der Verein wird von Kirchen, Stiftungen und Einzelpersonen finanziell unterstützt. Um die Beratungstätigkeit im bisherigen Rahmen weiterführen zu können, ist die Beratungsstelle dringend auf Spenden und Mitgliederbeiträge angewiesen: www.sanspapiersbern.ch

Der Solidaritätslauf

Bereits zum siebten Mal findet am 7. September auf dem Münsterplatz der Solidaritätslauf für Sans-Papiers statt. Mit dem Lauf wird ein starkes und sichtbares Zeichen für die Rechte der Sans-Papiers gesetzt und Geld für die Beratungsstelle gesammelt. Nach dem Prinzip eines Sponsoringlaufs suchen die Läufer*innen Sponsor*innen, welche pro gelaufene Runde oder pauschal einen Beitrag bezahlen. Die Runden während des Laufes werden gezählt und am Schluss erhalten die Sponsor*innen eine Rechnung per Post.

Die rund 350 m lange Rundstrecke führt vom Münsterplatz via Herrengasse, Bibliotheksgässli und Münsterergasse zurück auf den Münsterplatz. Es gibt drei Startzeiten (14 Uhr, 15 Uhr und 16 Uhr), die maximale Laufzeit beträgt 45 Minuten. Neben individuellen Preisen sind auch Teampreise für die meisten Runden und für das beste Kostüm zu gewinnen. Eine frühzeitige Anmeldung erleichtert die Organisation und ist daher sehr erwünscht. Läufer*innen, die sich spontan entscheiden mitzumachen, können sich aber bis eine halbe Stunde vor der Startzeit noch am Infostand melden.

Alle Informationen, das Anmeldeformular und das Sponsor*innenblatt zum Herunterladen gibt's unter:

www.solidaritätslauf.ch

SOLIDARITÄTSLAUF
FÜR SANS-PAPIERS

7. SEPTEMBER 2019
MÜNSTERPLATZ
BERN



WWW.SOLIDARITAETSLAUF.CH



«Tiefe Unternehmenssteuern sind nie alleinseligmachend.»

KLIMAPOLITIK, UNTERNEHMENSSTEUERN UND KRITIK AUS DEN EIGENEN REIHEN: LINKS.BE HAT MIT CHRISTOPH AMMANN ÜBER SEIN REGIERUNGSPRÄSIDIUM UND DIE POLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN IM KANTON BERN GESPROCHEN.

Seit Anfang Juni bist du Regierungspräsident. Was ändert sich an deiner Arbeit?

Ich stehe dadurch viel mehr im Rampenlicht, weil ich die Regierung gegen aussen repräsentiere. Das bringt viele freudig-festliche Anlässe mit sich, ist in anderen Bereichen aber auch fordernd. Zu meiner anspruchsvollen und vielfältigen Arbeit in der Direktion kommen also noch weitere dazu.

Welche Themen willst du in diesem Jahr forcieren, wo Pflöcke einschlagen?

Für mein Regierungspräsidium habe ich mir bewusst kein Motto gesetzt. Mein Hauptanliegen ist es, die Schwerpunkte der Regierungsrichtlinien aufzugreifen und voranzutreiben. Viele Projekte befinden sich in einer Schlüsselphase, zum Beispiel der Innovationspark in Biel, das Wyss Centre für Klimafragen an der Uni Bern oder die Stärkung des Medizinalstandorts Bern durch sitem-insel. Ihnen will ich das nötige Gewicht geben.

Apropos Innovation: Man erhält teilweise den Eindruck, dass manche politische Akteure davon ausgehen, es brauche nur tiefe Unternehmenssteuern, damit es wirtschaftlich vorwärts geht. Wie siehst du das?

Tiefe Unternehmenssteuern sind nie alleinseligmachend. Damit Firmen in den Standort Bern investieren, sind auch die hohe Lebensqualität, die gut ausgebaute Infrastruktur und die hohe Dienstleistungsbereitschaft der Verwaltung mit entscheidend – hier sind wir überall gut aufgestellt. Aber Unterneh-

menssteuern sind halt auch ein Faktor. Ich stelle fest, dass sich der Kanton Bern in einer finanzpolitisch anspruchsvollen Situation befindet. Unsere Partei schaut Steuerreformen zu Recht aus der Perspektive an, dass sie ohne Gegenfinanzierung zu Abbau führen. Als Volkswirtschaftsdirektor habe ich auch die Aufgabe, die Optik der Wirtschaft zu berücksichtigen.

Welche Lösungen schlägst du vor?

Die Bevölkerung hat im letzten November klar festgehalten, dass sie die Unternehmenssteuern nicht ohne Ausgleich senken will. Möchte man das in Zukunft wieder angehen, so braucht es aus meiner Sicht einen sozialen Ausgleich. Für mich ist klar, dass die Gewinner der Abstimmung einbezogen werden müssen. Ich begrüsse es sehr, dass unsere Partei das Steuerthema aufgegriffen hat und an Vorschlägen arbeitet. Will man die Gewinnsteuern über die Kantone harmonisieren, so ist die nationale Ebene zuständig – unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Bundeshaus sollten das ernsthaft angehen.

Ist es belastend, teilweise Vorstösse des Grossen Rates umsetzen zu müssen, die nicht der Haltung unserer Partei entsprechen, und damit erst noch Kritik aus den eigenen Reihen auf sich zu ziehen?

Das gehört zum Regierungsamt dazu, meinen Kolleginnen und Kollegen geht es nicht anders. Wenn aber Personen, von denen ich

ausgehe, dass sie mir nahestehen, mir keinen Vertrauensvorschuss gewähren, dass ich trotz meiner Rolle als Regierungsmitglied in die gleiche Richtung arbeite, so kann das schon belastend sein.

Der Grosse Rat hat im Juni die Direktionsreform beschlossen. Was ändert sich für dich dadurch?

Der Energiebereich und das kantonale Labor werden neu in meiner Zuständigkeit liegen, meine Direktion wird neu Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion heissen. Gerade der Energiebereich bringt Gestaltungsmöglichkeiten mit sich, auf die ich mich sehr freue. Unsere Partei ist national in der Energiepolitik sehr gut aufgestellt und schlägt sinnvolle, wirksame Massnahmen für den Klimaschutz vor. Für die Umsetzung der Energiestrategie braucht es auch die Kantone, gerade im Gebäudebereich. Wir sollten hier neue Technologien fördern und smarte Lösungen ermöglichen. Ein Beispiel dafür sind Plusenergie-Quartiere, also Quartiere, die über das Jahr hinweg mehr Energie produzieren, als sie verbrauchen. Damit diese Realität werden, bringen wir staatliche Akteure mit Infrastrukturunternehmungen und Investoren zusammen. Gemeinsam können wir die Herausforderungen der Zukunft besser meistern.

Die Rechten gegen Verbesserungen in der Pflege

WER WIRD MEINE ELTERN DEREINST PFLEGEN? UND WER MICH SELBST? NUN BESCHÄFTIGT SICH AUCH DIE POLITIK MIT DIESEN FRAGEN. UM DEN PFLEGERBERUF ATTRAKTIVER ZU MACHEN, SOLLEN DIE ARBEITSBEDINGUNGEN VERBESSERT WERDEN.

Am meisten Stellen sind in der Pflege ausgeschrieben, rechnete der «Blick» kürzlich vor. Und im «Tages-Anzeiger» warnten UBS-Ökonomen vor einem enormen Personalmangel in klassischen Frauenberufen wie der Pflege. Bis in zehn Jahren rechnen sie mit 500 000 fehlenden Personen.

Zum Pflegenotstand, auf den Fachleute seit langem hinweisen, tragen auch die immer kürzeren Aufenthalte in den Spitälern bei. Nach einer Operation müssen die Patientinnen und Patienten immer häufiger zuhause gepflegt werden. Auch die alternde Bevölkerung wird immer mehr auf ausreichend ausgebildetes Pflegefachpersonal angewiesen sein.

Fast die Hälfte Ausländerinnen

Die Politik wiegelte bis vor kurzem ab. Alles halb so schlimm, hiess es. Es würden genügend junge Menschen in die Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit (FAGE) einsteigen.

Doch der steigende Druck am Arbeitsplatz, die wenig familienfreundlichen Arbeitszeiten und die schlechten Arbeitsbedingungen führen dazu, dass sich viele ausge-

bildete Pflegenden vom Beruf abwenden. Bis zur Hälfte des Personals kommt heute aus dem Ausland.

«Das bisschen Pflege ...»

Der schweizerische Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer (SBK) will daher mit der Pflegeinitiative den Beruf aufwerten und attraktiver gestalten. Im Vordergrund stehen bessere Bedingungen in Ausbildung und Beruf sowie eine Erweiterung der Kompetenzen.

Die Gesundheitskommission des Nationalrats anerkennt das Problem und hat einen brauchbaren indirekten Gegenvorschlag erarbeitet. Einzig die SVP stellt auf stur und findet, «das bisschen Pflege kann doch auch freiwillig von den Frauen geleistet werden». Der Krankenkassenverband Santésuisse wiederum bekämpft das Anliegen mit horrenden, fragwürdigen Kostenschätzungen.

Weniger Bürokratie, mehr Kompetenzen

Mit dem Gegenvorschlag will die Kommission zusammen mit den Kantonen die Pflege-Ausbildung mit 900 Millionen Franken zusätzlich unterstützen. Darüber hinaus soll das Personal mehr Kompetenzen erhalten: Pflegefachpersonen sollen gewisse Leistungen direkt mit der Krankenkasse abrechnen können. Das ist sinnvoll, denn bereits heute klärt die Spitex ab, welche Pflege-

leistungen jemand benötigt. Hausärztinnen müssen den Antrag der Spitex dann unterschreiben – ein bürokratischer Leerlauf.

Die Krankenkassen kritisieren diese geplante Massnahme. Sie wollen selbst bestimmen, welche Pflegefachpersonen eigenständig abrechnen dürfen. Damit zielen sie auf eine Lockerung des Vertragszwangs ab, was FDP und SVP unterstützen.

Dies ist ein Affront und steht quer zu den Anliegen der Initiantinnen und Initianten. Kommen die Rechten damit durch, wird der Gegenvorschlag zur reinen Farce.

Es braucht einen GAV

Wir von der SP unterstützen sowohl die sinnvollen und wirkungsvollen Massnahmen des Gegenvorschlags als auch die Initiative. Wir sind auch der Meinung, dass ein Gesamtarbeitsvertrag sowie mehr Personal notwendig sind. In unseren Augen muss auch ein verbindliches Verhältnis zwischen der Anzahl Pflegenden und der Anzahl Patientinnen und Patienten festgelegt werden.

Mit der Pflegeinitiative und dem wirkungsvollen Gegenvorschlag können wir nicht nur dem Pflegenotstand begegnen. Wir gewährleisten so auch die Qualität in der Pflege und die Patientensicherheit – was uns allen zugute kommt.



Barbara Gysi, Nationalrätin (SG), Vizepräsidentin SP Schweiz



Klimaschutz für den Mittelstand

DER MARSHALL-PLAN DER SP SOLL DIE SCHWEIZ KLIMANEUTRAL MACHEN. DAS IST SOZIAL UND LOHNT SICH FÜR ALLE. DENN DIE NOTWENDIGEN INVESTITIONEN MACHEN SICH BEZAHLT.

Kürzlich habe ich im Coop veganen Hackfleischersatz gekauft. Er war günstiger als das Rindsgehackte. Meine Kinder lieben damit gekochte Lasagne, Sauce Bolognese oder Hamburger, und das Familienbudget wird erst noch entlastet. Auch bei der Bank lohnt sich Klimaschutz. Die nachhaltige Geldanlage hat in den letzten fünf Jahren besser abgeschnitten als die konventionelle. Und meine Pensionskasse, die keinen Rappen in der fossilen Wirtschaft anlegt, steht besser da als die meisten anderen, weil sie kein Geld mit Kohle- und Ölfirmen verloren hat.

Schwieriger wird es beim Heizen und Fahren. Um Gebäude und Mobilität rasch auf erneuerbare Energien umzustellen, braucht es riesige Investitionen. Die SP fordert deshalb einen Marshallplan für das Klima. Wir wollen, dass nicht weniger als drei Bundesmilliarden jährlich in die Energiewende investiert werden. Diese werden, so unsere Schätzungen, weitere neun Milliarden Investitionen von Privaten auslösen. Das Geld soll in die Gebäudeeffizienz sowie in die Elektrifizierung des Verkehrs fließen und für einen massiven Ausbau der Solarenergie eingesetzt werden.



Beat Jans, Nationalrat BS, Vizepräsident SP Schweiz

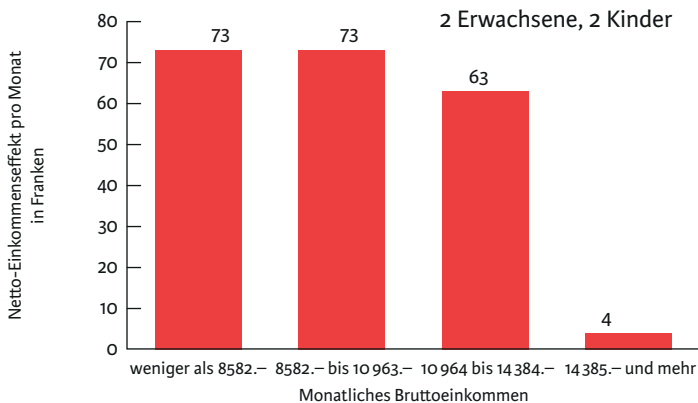
Und wer soll das bezahlen? Können sich die tiefen und mittleren Einkommen diese Energiewende leisten? Die SVP warnt mit einer aufwändigen Kampagne vor linkem Klimaschutz, weil dieser angeblich den Mittelstand ruiniert.

Können sich alle den Klimaschutz leisten?

Das volkswirtschaftliche Beratungsbüro B,S,S sowie Prof. Dr. Frank Krysiak von der Universität Basel kamen zu anderen Schlüssen. Sie errechneten Kosten und Nutzen verschiedener Finanzierungsvarianten für unterschiedliche Einkommensklassen. Datenbasis bildete die Haushaltsbudgeterhebung (HABE). Die B,S,S-Studie, die von der SP finanziert wurde, zeigt, dass der Mittelstand

Monatlicher Nettoeffekt für Einfamilienhausbesitzerinnen

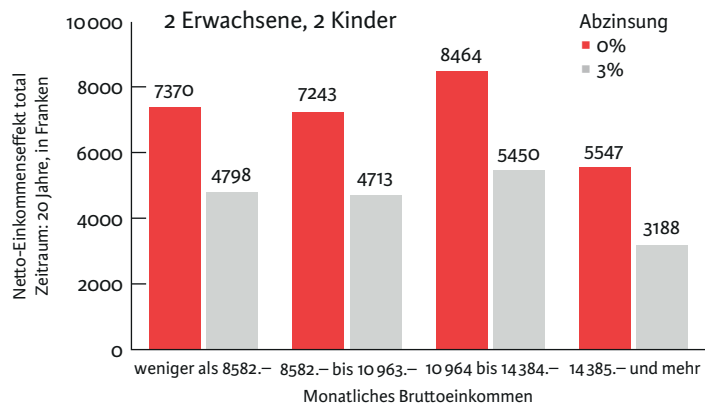
Wechsel von Heizöl zu Luft-Wärmepumpe, Finanzierung via Bundessteuer



Alle Einkommensklassen sparen: Wer dank Gebäudesanierung mit Wärmepumpe statt Erdöl heizen kann, spart trotz höherer Steuern bis zu 70 Franken im Monat. Zugrunde liegende Annahme: Der Bund finanziert ein zusätzliches Gebäudesanierungsprogramm von 1,35 Milliarden Franken über eine Erhöhung der direkten Bundessteuer.

Netto-Einkommenseffekt für Autobesitzer

Zeitraum: 20 Jahre, Finanzierung via Bundessteuer



Lesebeispiel: Wenn eine Familie mit einem Monatseinkommen von 10 000 Franken nach zehn Jahren von einem fossilbetriebenen Fahrzeug auf ein Elektroauto umstellt, spart sie trotz höherer Steuern innert weiteren zehn Jahren 4700 Franken. Voraussetzungen: Die Elektrifizierung von Infrastruktur und Fahrzeugflotte wird jährlich mit 300 Mio. Franken gefördert.

Iststand

vom Marshallplan profitiert, wenn man ihn beispielsweise über eine Erhöhung der direkten Bundessteuer finanziert. Die Einsparungen durch den Wegfall der Öl- und Benzinkosten wären viel bedeutender als die Steuererhöhungen.

Konkret: Die drei Milliarden Bundesinvestitionen kosten drei Viertel der Bevölkerung weniger als zehn Franken Steuern pro Monat. Sie sparen aber monatlich zwischen 60 bis 80 Franken, wenn sie dank der Sanierung mit Wärmepumpen statt mit Öl oder Gas heizen können (siehe Grafik 1). Das Ganze lohnt sich interessanterweise selbst für jenes Viertel der Haushalte, das am meisten Steuern zahlt.

Mit Elektroautos in die Zukunft

Bei der Mobilität sieht es ähnlich aus. Elektroautos, die in rund zehn Jahren nicht mehr teurer sein werden als gleichwertige Verbrenner, sind schon heute günstiger im Betrieb und Unterhalt. Wenn eine Familie mit 10 000 Franken Monatseinkommen 20 Jahre lang höhere Steuern bezahlt, nach 10 Jahren vom Benziner auf ein gleichwertiges Elektroauto umsteigt und 10 Jahre damit fährt, spart sie inklusive Abzinsung gesamthaft 5000 Franken (Grafik 2).

Noch viel besser sieht die Rechnung für die Haushalte natürlich aus, wenn die Bundesinvestitionen aus dem eidgenössischen Rechnungsüberschuss beglichen werden, wie das die SP vorschlägt.

Infos zum Marshallplan und zur B,S,S-Studie:
sp-schweiz.ch

Sonne für den Klimaschutz

IN SEINEM NEUEN BUCH «SONNE FÜR DEN KLIMASCHUTZ» PLÄDIERT SP-FRAKTIONSCHIEF ROGER NORDMANN FÜR DEN EINSATZ VON SONNENENERGIE IM KAMPF GEGEN DIE KLIMAERWÄRMUNG. WIR HABEN DEN GESCHÄFTSFÜHRER VON SWISSCLEANTECH UM EINE REZENSION GEBETEN. Christian Zeyer, swisscleantech

Didaktisch geschickt breitet Roger Nordmann in seinem Buch das Wissen um die Solarenergie und deren Integration in die Schweizer Stromlandschaft aus. Er beginnt mit den Grundlagen der Photovoltaik und verfeinert seine Analysen immer weiter, bis er schliesslich auch die Herausforderungen beim Rollout der Solarenergie thematisiert. Dabei bleibt trotz komplexer Materie stets verständlich, was er sagt.



Wie ein roter Faden zieht sich eine markante Entwicklung des letzten Jahrzehnts durch sein Buch: der ausserordentliche Preiserfall von Strom aus Photovoltaikanlagen. So sind die Produktionskosten von Solarstrom alleine in den letzten zehn Jahren um fast das Zehnfache gesunken. Dieser Preiserfall hat drastische Folgen, wird aber von vielen Kritikern der Solarenergie noch zu wenig zur Kenntnis genommen.

Denn damit geht auch eine Veränderung in der Wahrnehmung von Photovoltaikstrom und dessen Verwendung einher: Früher war dieser Strom so kostbar, dass man jede erzeugbare Kilowattstunde optimal nutzen wollte. Heute kann darauf verzichtet werden, alles aus den Anlagen herauszupressen. Am Mittag, wenn alle anderen Anlagen auch produzieren, kann die Ausbeute an Solarstrom auch heruntergefahren werden. Dies reduziert Stromspitzen im Netz dramatisch, ohne die Rentabilität gross zu schmälern.

Sonnenenergie im Winter

Dieser Ansatz, «peak shaving» genannt, führt dazu, dass der Photovoltaikstrom netzdienlich wird. Zusammen mit Anlagen in Ost-West-Orientierung und dem Trend zur Zwischenspeicherung – auch in Fahrzeugen – wird Photovoltaikstrom zu einer echten Stütze der Stromversorgung. Nicht nur im Sommer-, sondern auch im Winterhalbjahr. Dass sich dank der neuen Nachfrage nun auch die Batterieforschung beschleunigt und

die Preise dort ebenfalls sinken, ist nur positiv für diese Entwicklung.

Der von Roger Nordmann gewählte Ansatz, ganz auf die Solarenergie zu setzen, macht die Analyse einfacher. Die Realisierung jedoch wird im Endeffekt schwieriger und auch teurer. Wir sollten die Windenergie und die Möglichkeit des Stromimportes nicht komplett ausklammern. Die Stärke der Schweizer Stromversorgung liegt in der Produk-

tionskapazität der Speicherkraftwerke. Diese Stärke gilt es zu nutzen. Import und Export können interessante Businessmodelle darstellen und der Schweiz eine günstige Stromversorgung garantieren. In der politischen Umsetzung gilt es, die Marktkräfte geschickt durch politische Massnahmen zu ergänzen. Hier scheint das Buch zuweilen dirigistische Massnahmen etwas stark in den Vordergrund zu stellen.

Erhältlich in deiner Lieblingsbuchhandlung: Sonne für den Klimaschutz, von Roger Nordmann, erschienen im Zytglogge-Verlag.

SWISSCLEANTECH IN KÜRZE

swisscleantech bringt Unternehmen zusammen, die Verantwortung für Umwelt und Gesellschaft übernehmen. Der Wirtschaftsverband teilt Wissen, fördert Innovation und setzt sich als einziger branchenübergreifender Verband für politische Regeln ein, die eine nachhaltige Wirtschaft voranbringen. So unterstützt er seine Mitgliedsfirmen dabei, neue Marktchancen zu nutzen. Und macht so die Schweizer Wirtschaft fit für die Zukunft. Der Verband zählt über 320 Mitglieder.

swisscleantech.ch

Kein Datenschleim bei der SP

Von Isabel Vidal
und Andreas Weibel

FACEBOOK-PIXEL, DATA-MINING, MICRO-TARGETING – DIE MEDIEN BERICHTEN AUSFÜHRLICH ÜBER DIE AUSWÜCHSE DES DIGITALEN WAHLKAMPFS. WIR ERHALTEN VIELE RÜCKMELDUNGEN VON BESORGTEN MITGLIEDERN. DABEI SPIELT DIE SP IN SACHEN DATENSCHUTZ MIT OFFENEN KARTEN.

Kürzlich berichtete Radio SRF, dass alle Bundesratsparteien Warnhinweise über die Nutzung von Personendaten auf ihrer Website hätten – bloss die SP nicht. Was die Medienschaffenden nicht verstanden hatten: Die SP braucht das nicht.

SVP, FDP und CVP hatten auf ihren Websites zwar einen Knopf, mit dem man sich mit der Nutzung seiner Personendaten einverstanden erklären konnte. Aber unabhängig davon, was man anklickte, schickten die Websites persönliche Daten an Facebook und Google. Die SP hingegen platziert keinen Warnhinweis auf der Website, weil wir bewusst nichts machen, vor dem wir warnen müssten. Wir überlassen Facebook und Co. keine Datenspuren unserer Nutzerinnen und Nutzer.

Datenschutz schreiben wir gross

Informationen über politische Ansichten und Tätigkeiten sind «besonders schützenswerte Personendaten» im Sinne des Schweizer Datenschutzgesetzes. Sie unterstehen denselben Regulierungen wie Gesundheitsdaten oder Informati-

onen über Massnahmen der Sozialhilfe. Als Mitgliederpartei hat die SP schon immer Personendaten verwaltet. Das ist grundsätzlich nichts Anrüchiges, denn wenn man Politik zusammen mit Menschen macht, muss man sie auch kontaktieren können.

Datenspeicherung in der Schweiz

Der SP war aber immer bewusst, wie wichtig der Schutz dieser Daten ist. Entsprechend strikt gehen wir mit den Daten unserer Mitglieder sowie unserer Sympathisantinnen und Sympathisanten um. Wir speichern und bearbeiten nur Daten von Personen, die der Bearbeitung zugestimmt haben. Diese Zustimmung kann man jederzeit widerrufen. Ebenso gewährleisten wir das Recht auf Auskunft, Löschung und Berichtigung aller Personendaten.

Vor allem aber: Die SP versichert, niemals personenbezogene Daten an Dritte weiterzugeben, wo dies nicht gesetzlich vorgeschrieben oder notwendig ist (beispielsweise, um die Druckerei die Adresse dieser Links-Ausgabe aufdrucken zu

lassen). Und wenn immer möglich werden unsere Daten in der Schweiz gespeichert und nicht irgendwo in Übersee.

Menschen statt Millionen

Dem Vernehmen nach hat die FDP viel Geld ausgegeben, um zu entscheiden, an welchen Türen sie im Wahlkampf anklopfen will. Wir können es uns nicht leisten, Hunderttausende Franken auszugeben, um die dafür benötigten Daten einzukaufen.

Das ist jedoch nicht weiter schlimm, denn wir haben eine bessere Art von Data-Mining und Micro-Targeting: Das Engagement und das Wissen unserer Mitglieder, die ihre Quartiere und Ortschaften am besten kennen.

Ein zahnloses Datenschutzgesetz



Valérie Piller Carrard,
Nationalrätin FR

DIE REVISION DES DATENSCHUTZGESETZES WIRD IN DER STAATSPOLITISCHEN KOMMISSION DES NATIONALRATES MITTE AUGUST ZU ENDE BERATEN UND KOMMT IM HERBST IN DEN NATIONALRAT. DEN HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN DATENSCHUTZ IN EINER GLOBALISIERTEN WELT IST DIE VORLAGE NICHT GEWACHSEN.

Das heutige Datenschutzgesetz muss nach 25 Jahren dringend entstaubt und an die Herausforderungen der digitalen Gesellschaft angepasst werden. Die technologische Entwicklung hat zu einer enormen Menge an Daten geführt, deren Bearbeitung häufig intransparent ist und über Landesgrenzen hinweg stattfindet. Die Kontrolle über die Daten zu behalten, wird immer schwieriger.

Die wichtigsten Neuerungen der Gesetzesrevision zielen auf mehr Transparenz in der Datenverarbeitung ab. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Bereich Datenschutz sollen geklärt werden, besonders wenn es um die Kontrolle über die Daten geht. Wer Daten bearbeitet, untersteht einer Rechenschaftspflicht. Darüber hinaus werden die Befugnisse und die Aufgaben des Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten gestärkt und strafrechtliche Sanktionen eingeführt. So unglaublich dies scheinen mag: Heute lassen sich selbst gravierende Daten-

schutzverletzungen strafrechtlich kaum verfolgen.

Strafen ohne Abschreckung

Wir von der SP verlangen, dass die Revision weiter geht. Die vorgesehenen Strafen sind zu tief. Der Datenschutzbeauftragte sollte Bussen wie in der EU verhängen können, wo diese bis zu 20 Millionen Euro oder vier Prozent des weltweiten Jahresumsatzes des fehlbaren Unternehmens betragen können. Das neue Datenschutzgesetz sieht in der Schweiz Bussen in Höhe von höchstens 250 000 Franken vor. Darüber hinaus soll es ohne Anzeige nicht zu einer Strafverfolgung kommen.

Der Datenschutz der Bürgerinnen und Bürger muss gestärkt werden. Das schliesst auch das Recht auf die Übertragbarkeit von Daten ein, wenn beispielsweise nach dem Konkurs eines Unternehmens Geschädigte auf ihre Daten zugreifen möchten.

Dafür werden wir im Parlament kämpfen.

MEDIENTIPP: «THE GREAT HACK»

Eine neue Dokumentation geht dem Datenschleim auf den Grund und stellt unbequeme Fragen.

Als bekannt wurde, dass die Firma Cambridge Analytica die Wahlen in den USA beeinflusst hatte, ging ein Aufschrei um die Welt. Die Unternehmung stand am Pranger und existiert heute nicht mehr. Der Grossteil der Daten stammte damals von Facebook – und Facebook ist trotz rekordhohen Bussen immer noch dick im Geschäft.

Auch das Geschäft von Google, Youtube oder Amazon floriert und basiert weltweit auf persönlichen Daten, die wir als Nutzerinnen und Nutzer den Firmen in Form eines unsichtbaren «Datenschleims» überlassen, den alle unsere Tätigkeiten online erzeugen. Die Menge der Daten ergibt ein sehr präzises Abbild unseres Lebens. Die Unternehmen nutzen ihr Wissen zur Beeinflussung – am sichtbarsten in der auf uns abgestimmten Werbung, die eingeblendet wird.

Netflix zeigt dies in der soeben erschienenen Doku «The Great Hack» hervorragend auf. Und es stellen sich unweigerlich unbequeme Fragen: Wie frei sind wir in unseren Entscheidungen, wenn wir ständig beeinflusst werden? Und wie kann unter diesen Voraussetzungen die Zukunft einer demokratischen Gesellschaft aussehen?

Die Dokumentation liefert zwar keine Antworten, aber die Grundlagen für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema. Empfehlenswert!

Mit Cervelat und Gruyère im Gepäck

CHRISTINE LÖHRER, 71, KANDIDIERT IN BERN FÜR EINEN PLATZ IM NATIONALRAT. DIE RENTNERIN VERTRITT DABEI NICHT ETWA BERN-BÜMPLIZ, SONDERN DIE AUSLANDSCHWEIZERINNEN UND AUSLANDSCHWEIZER. IHREN WOHNSITZ HAT SIE IN PALMA DE MALLORCA. Interview: Pia Wildberger

Du kandidierst im Kanton Bern für den Nationalrat, wohnst aber in Palma de Mallorca. Wie stellst du dir das vor?

Wenn ich gewählt würde, dann würde ich ein Zimmer mieten und für die Sessionen und weitere Sitzungen in die Schweiz kommen. Ich bin der Schweiz sehr verbunden, auch wenn ich im Ausland lebe. In Thailand war ich im Schweizer-Verein sehr aktiv und habe keine Abstimmung verpasst.

Wie kommst du zur SP International?

Ich war lange in verschiedenen Sektionen der SP Bern aktiv und auch im Vorstand des kantonalen Mieterverbands tätig. Als ich ins Pensionsalter kam, bin ich wegen der wärmeren Temperaturen ins Ausland gezogen. Zuerst nach Thailand und fünf Jahre später nach Palma de Mallorca. Ich musste in Thailand feststellen, dass das Leben in einer Diktatur nichts für eine Linke wie mich ist. In Palma fühle ich mich sehr wohl.

Hast du dich in die spanische Gesellschaft integrieren können?

Das geht nicht von heute auf morgen. Ich arbeite in einem Sozialprojekt für Obdachlose und Menschen, die nicht genug zu essen haben. Wir geben jeden Tag 300 warme Mahlzeiten aus. Das Essen holen wir von den Hotels, die von den grossen Buffets viel Nahrungsmittel übrig haben. Unsere Kundschaft sind vor allem Alleinstehende, Südamerika-

nerinnen und Südamerikaner und Pensionierte. Familien nehmen das Essen mit und wärmen es zu Hause für die Kinder auf.

Welches sind die dringendsten Anliegen der Auslandschweizerinnen und -schweizer?

Viele leiden unter Schwierigkeiten im Versicherungsbereich, also bei der AHV, der Krankenkasse und den übrigen Sozialversicherungen. Manche leben von ihren Ersparnissen. Wenn sie aufgebraucht sind, müssen sie wohl oder übel zurück in die Schweiz gehen. Hier sollte ein Umdenken stattfinden. Nach vielen Jahren sind die Leute im Ausland zuhause, und ihnen wäre dort oft besser geholfen. Schlimm ist es auch, wenn Leute ohne richtige Krankenversicherung auswandern.

In der Fremde bekommt man ärztliche Leistungen nur, wenn man Geld hat. Wer also plötzlich eine Dialyse oder teure Diabetesmedikamente benötigt, braucht Geld – und sonst stirbt er. Das ist sehr hart. Man ist sich dessen manchmal nicht bewusst.

Was möchtest du bewirken?

Ich habe 30 Jahre lang im Versicherungsbereich in der Verwaltung gearbeitet. Da kenne ich mich aus und sehe viel Verbesserungspotenzial, das nicht zu mehr Kosten, aber zu einer besseren Unterstützung der Auslandschweizer führen würde.

Leidest du manchmal unter Heimweh?

Dank WhatsApp bin ich meinen Freunden und meiner Familie immer nahe und weiss, was geschieht. Aber eine Cervelat und ein Stück Gruyère packe ich immer ein, wenn ich nach einem Besuch in der Schweiz wieder heimfliege.

WAHLERFOLG DANK DER FÜNFTEN SCHWEIZ

Jede achte Schweizerin und jeder achte Schweizer lebt im Ausland, viele auch bloss vorübergehend. 180 000 von ihnen sind im Stimmregister eingetragen und damit stimmberechtigt. Dies entspricht der zusammengerechneten Einwohnerzahl der Städte Thun und Bern. Die schieren Zahlen machen klar: Die Anliegen dieser Menschen sollen auch im Parlament vertreten sein. Darum stellen sich in den Kantonen Bern, Freiburg, Genf, Luzern und Zug 31 Kandidierende der SP International zur Wahl. Die Zahlen zeigen auch, dass diese Stimmen das Zünglein an der Waage sein können: Der Genfer SP-Nationalrat Manuel Tornare wurde 2015 nur dank den Stimmen aus dem Ausland gewählt.

Die weitaus meisten Schweizerinnen und Schweizer im Ausland wohnten 2018 übrigens in unseren Nachbarländern: rund 200 000 in Frankreich, 90 000 in Deutschland sowie 50 000 in Italien. 80 000 leben in den USA und 40 000 in Kanada.



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Geschichte der Gewerkschaftsbewegung D2.1.1911

26./27. August 2019, Kurhotel Bad Ramsach, Läufelfingen

Inhalt: Rolle der Gewerkschaften im Kampf um eine soziale Schweiz
ReferentInnen: Annette Hug (Historikerin), Adrian Zimmermann (Historiker)

Baustelle Wirtschaftspolitik

D2.1.1907

2. September 2019, Restaurant Aarhof, Olten

Inhalt: Aktuelle Wirtschaftspolitik, ABC der Wirtschaft, Einkommens- und Vermögensverteilung, Massnahmen der Gewerkschaften
ReferentInnen: David Gallusser (Ökonom), Danièle Lenzin (Unia)

Digitale Überwachung im Betrieb

D1.7.1912

4. September 2019, Restaurant Aarhof, Olten

Inhalt: Möglichkeiten der digitalen Überwachung, rechtliche Grundlagen, Strategien der Gewerkschaften gegen die Überwachung
Referent: Giorgio Pardini (syndicom), Daniel Hügli (syndicom)

Kooperativ mitgestalten und professionell kommunizieren

D1.7.1910

5./6. September 2019,

Hotel Flora Alpina, Vitznau

Inhalt: Mitgestaltungsfelder und -formen für die PV, Zusammenarbeit mit Führungskräften, Stabsstellen, Projektleitenden und Gewerkschaften, Einbezug der Mitarbeitenden, professionelle Kommunikation
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

KollegInnen in schwierigen

Situationen beraten D1.7.1915

9./10. September 2019,

Hotel Idyll, Gais

Inhalt: Rolle der PV bei individuellen Anliegen einzelner Mitarbeitender, rechtliche Grundlagen und Abläufe, Gesprächsführung
Referent: Jérôme Hayoz (SSM)

Organizing für Vertrauensleute

D1.8.1903

16./17. September 2019,

Hotel City, Biel

Inhalt: Betriebslandkarte (Mapping), 1:1-Gespräche, Umfragen für betriebliche Kampagnen am Arbeitsplatz, Mobilisierung
Referent: Sébastien Bourquin (syndicom), Sören Niemann (Unia)

Wahrheitssuche in Zeiten

von Fake-News D2.1.1910

4. Oktober 2019, Jugendherberge, Zürich

Inhalt: Themenwahl und -gewichtung, Folgen der Medienkonzentration auf wenige grosse Verleger
Referent: Thomas Zimmermann (SGB)

Unfall – Krankheit – Invalidität:

Welche Versicherung zahlt

wofür? D1.8.1912

14./15. Oktober 2019, Kurhotel

Bad Ramsach, Läufelfingen

Inhalt: Funktionsweise, Leistungen, Anspruchsvoraussetzungen und Finanzierung von UV, KV und IV, politische Streitfelder, Zukunftsperspektiven und gewerkschaftliche Positionen
Referent: Ruzhdi Ibrahim (Unia)

Die Anmeldung erfolgt online

www.movendo.ch, per Mail

info@movendo.ch oder per

Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.

Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich.

SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp.

Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro

Kurstag. Weiter kann bei Simon

Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unter-

stützung beantragt werden.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.

AGENDA 2019

20. OKTOBER

Eidgenössische Wahlen

2. NOVEMBER

Herbstanlass SP60+

16. NOVEMBER

Mitgliederversammlung
SP Frauen*

30. NOVEMBER

Delegiertenversammlung

www.spschweiz.ch/agenda



Herzliche Gratulation!

Unser Lehrling im Zentralsekretariat in Bern, Stefan Stokanovic, hat die Abschlussprüfung seiner KV-Lehre mit Bravour bestanden. Wir freuen uns mit ihm, gratulieren ganz herzlich – und sind auch ein bisschen stolz auf ihn und seinen Erfolg. Bravo, Stefan! «Ich hatte eine tolle Zeit, ein riesiges Dankeschön!», sagt er. Derzeit arbeitet er noch bis zu den Wahlen bei der SP Zürich. Nachher geht es mit Weiterbildung weiter: «Buchhaltung macht mir besonders Spass», sagt der junge Mann. Den Kurs, den er besuchen will, hat er schon im Auge. Viel Glück und alles Gute, Stefan!



BEZAHLBARE PRÄMIEN FÜR ALLE

Jetzt die Prämien-
Entlastungs-Initiative
unterschreiben.

**NATIONALER SAMMELTAG
31. AUGUST 2019**



PRÄMIEN